

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf.
Post abweichen vereinbart. M. 275, unter Kreisband für Deutschland und
Europa N 5 — Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 2465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1789.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gesetzte Zeitseite mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

260.

Dresden, Freitag den 8. November 1912.

23. Jahrg.

Die österreichisch-serbische Spannung.

th. Wien, 7. November.

Die Rede des Grafen Berchtold in den Deutschen und die Thronrede des Kaisers hat der Kaiser alle Neuerungen Österreich-Ungarns jetzt gezeigt, eine Enttäuschung bereitet. Nach all dem Geschrei und Geschrei der Wiener Oftzügler ist verhältnismäßig ruhige Ton dieser Kundgebungen. Aber es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, dass die Form der Bürgschaftung das Einlenken in die Vernunft und Bescheidenheit bedeute. Man unter dem Eindruck der ungeahnten militärischen Stellung der Balkanstaaten es nötig gefunden, etwas zu machen. Doch hinter der heuchlerischen Maske verbirgt sich Wünsche und Ansprüche des Kaisers, die dem Frieden höchst gefährlich werden. In einer Stelle allerdings verrät selbst das Exposé des Berchtold das Feindselige und Doppelzügige der Politik. Er redet dort von den Wünschen seines Landes und hofft, dass diese bei den Bulgaren erfüllt werden. Vergleichbar fragt man: was ist der Wunsch und welche Wünsche hat das am weitesten Rumänien, das überdies am türkischen Reichsgebiet, bei der Aufteilung der Balkanhalbinsel? Soviel man erfährt, handelt es sich um die Stadt Wien an der Donau, von der die Rumänen die Bulgaren möglicherweise abtreten als Voraussetzung für die großen Gebietsverhandlungen, wollen werden. Ob Bulgarien in seinem Siegesfall seine Forderungen eingehen wird, mag zweifelhaft sein. Da es die Unterstützung der rumänischen Anprüche sowohl als unfeindlichen Art empfindet, steht wohl doch hier gerade dieses Österreich vom Anfang des in die Politik verfolgt, dem König von Bulgarien Selle um den Vort zu gehen und zwischen ihm und den Serben Einigkeit zu suchen. Dieser seine Planungen zu sein. Denn wenn es den Balkanstaaten jahrelange wechselseitige Erforschung so weitinden, dass sie im Kriege einheitlicher zu handeln als die Arme eines einzigen Staates, so werden nicht so leicht sein, bei der politischen Auswirkung der Erfolge durch Jan und Pader dem lauernden die Möglichkeit zu bieten, sich in ihre Angestammten einzumengen, und allen die Früchte des Sieges zu holen.

Es also mit dem Ausspielen Bulgariens und Serbiens nicht zu gehen scheint, spielt der Wiener Kabinett gegen Bulgarien aus, gleichzeitig aber gegen Serbien, wenigstens wird die offizielle Presse nicht minder, als behauptet, Italien werde ebenfalls Österreich-Ungarn zugeben, dass Serbien die Freiheit der Albaner anstrebe. Man weiß, Österreich und Italien haben sich jahrelang in Albanien in heißesten Konflikten untereinander den Boden und die albanische Freiheit vorzubereiten gesucht. Jetzt auf beiden Seiten den Verteilung. Das ist eine Masterade, wenn das Fremdenblatt als das eigentliche Auge des Auswärtigen Amtes in deutschem und italienischen Schreiben am Sonntag anhört, sie müssten bei ihrem Vormarsch nach Westen halt machen, da sie den Serben den Zugang zum Meer zu versperren, was früher die Formel hatte, die Serben durch keinen Preis gewinnen, und jetzt die hölzerne Formel "Selbstständigkeit für Albanien mit türkischen Fürsten an der Spitze." Die Serben besonderen Sinn empfängt aber die albanische Politik des Wiener Kabinetts darin, dass zehn Jahre Serbien durch die unverschämtesten handelspolitischen Maßnahmen von jedem Außenmarkt förmlich abgeschnitten wurde. Und als man im Kriegszeit dem serbischen König möglich machte, über seine größtenteils von Österreich eingeschlossene Grenze die Agrarprodukte zu schaffen im Jahre 1906 und 1908 Serbien verließ, durch den Bau einer Bahn zur Adria aus dieser entzündeten Flammen herauszukommen, so trat überall der Durchgang des Wiener Kabinetts diesen Befreiungsversuchen. Jetzt aber soll das siegreiche Serbien gleichwohl seinen Ausgang zum Meer haben, es soll weiter politischer Abhängigkeit von Österreich leiden, nur zu dem Zwecke, damit dadurch die politische Welt bestimmt sei. Das ist eine schlechthin vernünftige Politik, es ist schlechthin unverständlich, wie jemand den Serben sich weiter vom Wiener Kabinett würden lassen. Und die Sache wird noch teurer. Die Politik des Wiener Kabinetts legt sich aus Angst und Hoffart zusammen. Angst

und Hoffart fordern von Serbien sogenannte "Bürgschaften". Der Wiener Hof ist sich wohl bewusst, dass die Art, wie er durch Kubaj Kroaten behandeln lässt, und dass die Machtlosigkeit in Bosnien bei den Serbokroaten wahrlich die Unabhängigkeit an das Kaiserhaus, wie es so schön in den Volksschulheften immer heißt, nicht eben gefördert haben können. Die Habsburg fürchtet, der kroatische Bürger, den der königliche Kommissär aller bürgerlichen Rechte berechtigt hat, der orthodoxe serbische Bauer in Bosnien, der heute noch unter dem Joch der Habsburger steht, sie könnten zu ihrem Sprach- und Volksgenossem im Königreich Serbien hinzüberblicken, wo nicht nur vom Bauer längst die feudale Fessel gelöst ist, wo nicht nur ein stolzes Parlament wirkt, sondern überdies unehörbare Siege den Namen der Nation verkündet haben. Und weil die Wiener und noch mehr die Budapester Unfähigkeit unserer Südostländer Beispiele angesehen gemacht haben, so jetzt Serbien gewissermaßen als Vorge für aufzutreten, dass es niemals danach streben wird, seine in Österreich-Ungarn wohnenden Stammesgenossen mit einem nationalen Einheitsstaat zu befreien. Dieser drollige Einfall ist leider vor 1859 und 1866 dem Wiener Hof nicht gekommen, sonst würden damals Piemont und Preußen sicherlich daraus verzichtet haben, die italienische oder die deutsche Einheit zu gründen. Jetzt jedoch die Sache so verwirkt werden, dass das Wiener Kabinett den Serben ein unsicheres Handelsabkommen und eine unsichere Militärcollaboration aufzwingen will. Als Zeichen der Unterwerfung will man den Serben aufzutragen, was man ihnen in friedlichen Verhandlungen stets verweigert hat: einen Handelsvertrag.

Doch wie man sich einbilden kann, das auf seine Erfolge stolze Serbien werde nicht nur sich auf handelspolitischem Gebiete die Freiheit der Entscheidungen nehmen lassen, sondern sogar auf die freie Verbindung seiner ruhmvollen Armee zugunsten des Erbfeindes, der Wiener Hofburg, verzichten, das ist plattierend unerträglich. Hält der Wiener Hof an dieser Forderung fest — wie wenigstens die offizielle Presse vermuten lässt, die immer wieder erklärt, ein bloßer Handelsvertrag mit freier Kündbarkeit wäre keine genügenden Bürgschaften —, dann ist nicht auszudenken, wie die Dinge einen friedlichen Verlauf nehmen sollen. Denn durch einen solch anmaßenden Anspruch würden ja die Serben, die sich selbst in den Tagen ihrer Schwäche die Unabhängigkeit zu wahren wussten, einfach zum Widerstand der Verzweiflung genötigt werden.

Um indes die Freiheit der Politik der Hofburg recht abmessen zu können, muss man sich vor Augen führen, dass sie nirgends mit ihrem Begehr bei der Bevölkerung Österreichs oder Ungarns Widerhall findet. Es ist nicht nur die deutsche Sozialdemokratie Österreichs, die auf dem Wiener Parteitag ihren Friedenswillen so laut befunden hat, nein, sogar die deutschen Bürgerlichen Österreichs, die sonst für das schwärmen, was man hierzulande Patriotismus nennt und was jetzt doch nur eine Hofpolitik bedeutet, fordern den Frieden. Selbst die bürgerlichen Deutschen, ja die bürgerlichen Wiener Österreichs, wollen von einer Einigung in die Balkanländer nichts hören. Es herrscht diesmal in Wien genau entgegengesetzte Stimmung wie im Jahre 1908, wo die Kriegspflicht beim Wiener Spiegel und Widerhall stand. Vor wenigen Tagen waren die deutschen Industriellen beim Grafen Berchtold, um ihm in dünnen Worten zu sagen, dass das deutsche Bürgerium Österreichs der Meinung sei, man möge den Balkan den Balkanbündern überlassen und nur trachten, mit den neuen Herren des Balkans verbindliche Handelsvereinbarungen anzuknüpfen. Der selbe Ton der Unlust an all den Treffen der Wiener offiziellen Presse geht durch die deutschen Provinzblätter Österreichs. Und nun sehe man nach Ungarn hinüber! Die Magyaren, die in den Zeiten Andrássys erhebungslustig nach dem Balkan hinausdrückten, die sind heute durch ihre kroatischen Blamagen sehr gründlich abgeschüttelt und wissen, dass auf dem Balkan für ihre Herrschaftsansprüche nichts zu haben ist. Von den übrigen Völtern Österreichs braucht man nicht erst zu reden. Mit welcher Stimmung etwa die Südslaven, die jeden Sieg der Serben und Montenegriner als ihren Sieg feiern und trotz ihrer Armut fortbauende große Summen für den freiwilligen Sanitätsdienst im montenegrinischen und serbischen Heere bewilligen, wie die Südländer also einen etwaigen Befehl, gegen ihre Brüder in Serbien und Montenegro zu marschieren, aufnehmen würden, kann man sich denken. Allein auch die panslavistisch gerichteten Tschechen widerstreben der Wiener Politik aufs bestreite. Und wenn schon die Polen mit dem Gedanken eines Bestellungsflieger gegen Russland spielen — für die Balkanpläne der Regierung haben sie ebensoviel übrig wie die andern Völker Österreichs.

Nos also den Deutschen im Reich immer wieder vorgelegen wird von einem Willen Österreichs, von Interessen Österreichs, das alles ist besiedelte Pressarbeit im

Ein Komitee, bestehend aus dem ehemaligen Minister Möller und einer Anzahl bürgerlicher Abgeordneten, will eine Konkurrenzorganisation gegen die von den Gewerkschaften und Genossenschaften errichtete Volksfürsorge ins Leben rufen.

Den Anspruch auf Albanien halten Serbien und Griechenland gegen Österreich und Italien aufrecht.

Nach einer noch unbestätigten Nachricht haben die Bulgaren die Thessalisch-Schmalinie besetzt.

Die norwegischen Stortingswahlen ergaben eine Niederlage der Regierung und einen Sieg der Sozialisten.

Dienste des Wiener Kabinetts, ist nichts als leeres Gerede einiger Budapester und Wiener Blätter, die, um ihren Weltblattruhm zu sichern, die Nachrichtenquelle des Auswärtigen Amtes benutzen wollen und dadurch zu dessen Werkzeug werden, das auch absichtlich zu dessen Werkzeug hergegeben. Das alles ist endlich das Werk einiger Wiener Korrespondenten reichsdeutscher bürgerlicher Blätter, die ihre Zeitungen und deren Publikum im Auftrage und Dienste des Grafen Berchtold irreführen und dem deutschen Publikum ein durchaus gefälschtes Bild der in Österreich und in Ungarn herrschenden Stimmungen malen.

Die serbischen Forderungen.

Paris, 7. Nov. Der serbische Ministerpräsident Pašić erklärt dem Belgrader Temps-Korrespondenten: Wir wollen, dass sich die Türkei direkt an uns wendet. Die Lösung ist leichter, wenn sich keine Vermittler einmischen. Die verbündeten Balkanstaaten würden eine Vermittlung schwerlich akzeptieren, wenn nicht ihre Hauptforderungen im voraus anerkannt würden. Wenn Österreich nicht einen Landgewinn anstrebt, wird Serbien eine kommerzielle Expansion nicht hindern. Über eine Zollunion ist es geschlossen, da die Balkanstaaten eine unabhängige Entwicklung anstreben. Wenn Österreich das serbische Vordringen nach dem Adriatischen Meer begünstigt, so wäre ein engerer Verbund für die Zukunft möglich. Ein selbständiges Albanien wäre unmöglich. Es würde nur neue Wirren und Rivalitäten der Nachbarstaaten hervorrufen. Die beste Lösung ist, Albanien auf Griechenland und Serbien aufzuteilen und ihm Selbstverwaltung in religiösen und Schulangelegenheiten zu geben. Serbien fordert an der Adriatischen Küste die Häfen San Giovanni die Medua, Alessio und Durazzo. Wir wollen die Aufteilung der europäischen Küste überlassen jedoch das Schicksal Konstantinopels der internationalen Entscheidung der Mächte.

Eine russische Drohung gegen Österreich.

Petersburg, 7. Nov. In einem inspirierten halbgeschlossenen Artikel mit der Überschrift "Die Zeiten ändern sich" richtet die Kirchliche Redaktion eine Warnung an Österreichs Adresse, die ziemlich aggressiv formuliert ist. Es wird in dem Artikel mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit darauf hingewiesen, dass Russland wohlgerüstet sei und über ein mächtiges Heer verfüge. Russland sei nicht mehr in einer ohnmächtigen Lage wie im Jahre 1908. Es heißt weiter, dass Serbien durch seine siegreichen Baffentaten neu gestärkt sei und sich vergroßert habe und dass es einen eigenen Hafen am adriatischen Meer haben müsse. Daraus werde Russland bestehen. Die Stimmung in Petersburg und im Lande gegenüber Österreich wird augenfällig besonders durch die Agitation der pan-slawistischen Kreise ungünstig beeinflusst.

Die Balkanfrage und die Delegationen.

Budapest, 7. Nov. Gestern wurde die Debatte im Auschuss für auswärtige Angelegenheiten fortgesetzt. Der Slowene Károlyi mit der Überschrift "Die Zeiten ändern sich" richtet die Kirchliche Redaktion eine Warnung an Österreichs Adresse, die ziemlich aggressiv formuliert ist. Es wird in dem Artikel mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit darauf hingewiesen, dass Russland wohlgerüstet sei und über ein mächtiges Heer verfüge. Russland sei nicht mehr in einer ohnmächtigen Lage wie im Jahre 1908. Es heißt weiter, dass Serbien durch seine siegreichen Baffentaten neu gestärkt sei und sich vergroßert habe und dass es einen eigenen Hafen am adriatischen Meer haben müsse. Daraus werde Russland bestehen. Die Stimmung in Petersburg und im Lande gegenüber Österreich wird augenfällig besonders durch die Agitation der pan-slawistischen Kreise ungünstig beeinflusst.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung führte der Delegationschef Clem Martinic aus: Er vertrate vollkommen den Minister des Innern, das bisher in erster Stunde das Steuer richtig führen werde. Bei den heutigen Verhältnissen vertrate den Minister unter den legitimen Interessen der Monarchie auf dem Balkan die unbedingte Erhaltung der wirtschaftlichen Voraussetzung und Routen für die Zukunft. Es hoffe auf die gegenseitigen Freiheiten, besonders in Ungarn, dass sie die bürgerlichen Stände gegen gute wirtschaftliche Beziehungen zum Balkan im gesamtstaatlichen Interesse aufzugeben würden. Unter Routen für die Zukunft berührte er gegenwärtiges Vertrauen. Dies muss sich dagegen wenden, dass es eigentlich eine großherzige Politik propagiert werde. Eine wichtige Route sei jedoch die Ausbildung des Innern. Deshalb vertrat er die Bünde in Kroatien und Istrien einen bestreitbaren Ausgleich herbei. Es bedachte eine unge-